

Pannenserie: Rollen beim KH-Nord jetzt Köpfe?

Auch nach der Eröffnung reißt die Pannenserie in der Klinik Wien-Floridsdorf nicht ab. *Von der Decke des Schockraums regnete es herunter*, frisch operierte Patienten müssen zwischen Donauespital und KH Nord hin und her gekarrt werden, notwendige Geräte und Ärzte fehlen.

Trotz aller Mängel mußte die Milliardenklinik rechtzeitig eröffnen, weil das Führungstrio des Wiener Krankenanstaltenverbands (KAV) um seinen Job bangt, meint ein Insider. Die Verträge der Manager laufen Ende dieses bzw. Anfang des nächsten Jahres aus. Der Eröffnungstermin am 3. Juni wurde zwar geschafft, aber zu welchem Preis? Rollen jetzt Köpfe?

Vertragsverlängerung wird 2020 entschieden

Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) zur „Krone“: „Über eine Vertragsverlängerung entscheide ich 2020.“ Und zwar nach zwei Kriterien: Nächstes Jahr haben alle Baufirmen ihre Endabrechnung gelegt. Und der KAV wird in eine neue Organisationsform gebracht. Die Ausgliederung aus dem Magistrat läuft. „In so einer Phase halte ich nichts von einer Personaldiskussion. Der Vorstand macht gute Arbeit“, erklärt Hacker. Zum zweiten Wassereinbruch seit Mai im KH Nord sagt der Stadtrat lapidar: „Was soll ich tun, wenn eine Waschmaschine kaputtgeht? Schlampige Handwerker kennt ja jeder Häuslbauer.“

EU ließ 33.000 Flüchtlinge direkt einreisen

Die lebensgefährliche Flucht und die Erpressung durch Schleuser sollen ihnen erspart bleiben: Die Europäische Union hatte zugesagt, zehntausende Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten zu übernehmen.

Im Rahmen eines EU-Programms sind bislang 32.700 schutzbedürftige Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten nach Europa gekommen. Davon seien 4100 Menschen nach Deutschland eingereist, sagte EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Die Europäische Union hat damit erst zwei Drittel ihres zugesagten Kontingents erfüllt. Zwischenzeitlich hatte sie weit hinter ihren selbstgesteckten Zielen zurückgelegen.

Das sogenannte Resettlement-Programm sieht vor, besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen einen legalen und sicheren Weg nach Europa zu öffnen. Bis Oktober sollen insgesamt 50.000 Migranten aus Ländern wie Libyen und Äthiopien oder der Türkei und Jordanien in die EU gebracht werden.

EU: „Deutschland auf dem richtigen Weg“

Deutschland habe sich bereit erklärt, 10.000 Geflüchtete aufzunehmen. Mit mehr als 4000 bereits eingereisten Personen sei Deutschland „auf dem richtigen Weg“, sagte der EU-Flüchtlingskommissar den Funke-Medien. Avramopoulos wertete das EU-Programm als Erfolg. „Wir bringen Menschen, die Schutz brauchen, sicher und legal nach Europa.“

Die EU-Kommission hatte das Programm im September 2017 aufgelegt, um besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen zu helfen und ihnen die gefährliche Flucht über das Mittelmeer zu ersparen. Die Mitgliedstaaten machen ihre Zusagen freiwillig, die Kommission stellt ihnen dafür insgesamt eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung. Die Auswahl der Menschen erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR).

ZITAT

„Diese liberale Idee setzt voraus, daß nichts getan werden muß. Daß Migranten ungestraft töten, plündern und vergewaltigen können, weil ihre Rechte als Migranten geschützt werden müssen...“

Jedes Verbrechen muß seine Strafe haben. Die liberale Idee ist obsolet geworden. Sie ist in Konflikt mit den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gekommen.“

Wladimir Putin, kritisiert Merkels Flüchtlingspolitik

Halal-Buffer für alle: Schleichende Islamisierung auch in den Wiener Ringstraßen-Hotels

Gäste eines Wirtschaftsforums im Wiener Innenstadt-Hotel Le Méridien staunten nicht schlecht, als sie vom Veranstalter zum Buffet gebeten wurden. Kleine Tafeln bei den Speisen wiesen auf Halal-Produkte hin.

Dabei handelte es sich bei den Forums-Teilnehmern nicht einmal um Wirtschaftsleute aus dem arabischen Raum, sondern vielmehr um österreichische und chinesische Gäste. Unter anderem dabei: der frühere SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern oder der frühere ÖVP-Umweltminister Nikolaus Berlakovich.

Als Halal-Produkte gelten (laut wikipedia):

Ähnlich wie beim kosheren Fleisch im Judentum dürfen im Islam nur Tiere gegessen werden, die für den Konsum zulässig sind, regelgerecht geschlachtet wurden und nicht bereits verendet waren. Die Tiere werden – anders als nach mitteleuropäischen Standards – in Schlachthöfen dabei ohne Betäubung mit einem speziellen Messer mit einem einzigen großen Schnitt quer durch die Halsunterseite getötet, in dessen Folge die großen Blutgefäße sowie Luft- und Speiseröhre durchtrennt werden. Mit dem Schächten soll das möglichst rückstandslose Ausbluten des Tieres gewährleistet werden.

Halal-Buffer für Chinesen und Österreicher

Offensichtlich haben sich die Ringstraßen-Hotels den vielen arabischen Gästen gebeugt und bieten schon vorausseilend halal-hergestellte Waren an - auch Chinesen und auch Österreichern. So macht sich der Islam schleichend über das Essen breit, nachdem er sich bei Wahlen in manchen Bezirken Deutschlands mit einer eigenen Moslem-Partei bereits die Mehrheit sicherte.

Linkes Vice Media: Millionen Finanzspritze von George Soros: 250 MILLIONEN EURO

Das mehr als politisch korrekte „Jugend und Lifestyle“ Magazin Vice Media befindet sich momentan finanziell in schwierigen Zeiten. Rettung kommt jetzt unter anderem vom oft in medialer Kritik stehenden US-Milliardär George Soros. Die Firma soll in einer Finanzierungsrunde 250 Millionen US-Dollar Frischgeld bekommen.

Die von Medien-Experten im linksradikalen Spektrum angesehene Redaktion können nun ihre Nachrichten weiter verbreiten und sogenannte „Rechte“ mit personifizierten Karteien weiter denunzieren.

Medienprojekt vor finanziellem Ruin

Einige der aktuellen Schlagzeilen der deutschsprachigen Vice-Ausgabe lauten unter anderem „Bill Kaulitz ist die genderfluide Ikone, die alle sexuell verunsicherten Jungs brauchen“ oder „Nicht-Kiffer erzählen, wie sie sich high sein vorstellen“. Nach riesigen Umsatzeinbrüchen kündigte die Geschäftsführerin Nancy Dubuc an 250 Stellen abzubauen. Laut Wall Street Journal sollen Umsatzverluste des Jahres 2018 circa 50 Millionen Euro betragen.

George Soros machte nun einen ordentlichen Finanzbetrag locker, damit Journalisten von „Vice“ weiterhin den „Kampf gegen Rechts“ beschreiten und ihre laut Experten linksradikale Ideologie verbreiten können.

Mikl-Leitner zum Fall Weikendorf: Religion kein Ausschließungsgrund

Für die Landeshauptfrau darf religiöse Zugehörigkeit kein Grund sein, dass ein Hauskauf untersagt wird.

Erstmals hat nun Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) zur Diskussion um einen Hauskauf in der Weinviertler Gemeinde Weikendorf Stellung bezogen. Daß sich der Bürgermeister in einer ersten Stellungnahme wegen der muslimischen Wurzeln einer Familie gegen einen Hauskauf in seiner Gemeinde ausgesprochen hat, läßt Mikl-Leitner nicht gelten.

Sie meinte in der ORF-Pressestunde zwar, daß die Causa grundsätzlich unglücklich gelaufen sei. Stellte gegenüber der Aussage von Bürgermeister Johann Zimmermann aber (ÖVP) klar: „Religiöse Zugehörigkeit darf kein Ausschließungsgrund sein.“ Mittlerweile sind neue Statements seitens der Gemeinde und des Anwalts der Familie eingelangt. Nun ist die Landesbehörde am Zug.

Keine muslimischen Zuzügler: Wenn ein Dorf „ein Dorf bleiben“ will

Mikl-Leitner betonte sie sei froh, daß es nun von Seiten der Behörden zu einer Neubewertung durch die Landesbehörde komme, „wo beide Seiten die Möglichkeit haben, eine Stellungnahme abzugeben.“

„Dorf muß ein Dorf bleiben“

Weikendorf kommt also nicht zur Ruhe. Nachdem die 2000-Seelen-Gemeinde den Zuzug einer palästinensischen Familie unterbunden hatte - der KURIER berichtete - starteten die Dorfbewohner eine Unterschriftenkampagne, die dasselbe Ziel verfolgte.

„Ein Dorf muß ein Dorf bleiben“, stellte eine Bewohnerin fest. Es gebe schon genug Muslime in Weikendorf, man müsse schauen, „daß es nicht zu viele werden“.

Lebenshaltungskosten bei uns 10% über EU-Schnitt

Das Leben in Österreich ist 9,6 Prozent teurer als im EU-Schnitt. Insbesondere bei Nahrungsmitteln (plus 26,6 Prozent) sowie bei Freizeit- und Kulturangeboten (plus 16,3 Prozent) liegen wir noch deutlich weiter vorne. Weniger als im EU-Schnitt bezahlt man hingegen für alkoholische Getränke, Tabakwaren und Telekom-Leistungen.

Österreich liegt bei den Lebenshaltungskosten deutlich vor allen seinen EU-Nachbarländern. Selbst die Deutschen zahlen „nur“ 4,3 Prozent mehr als im Durchschnitt der EU-28. Noch kostspieliger ist das Nicht-EU-Land Schweiz: Ein Leben dort ist um rund 50 Prozent teurer als bei uns. Deutlich tiefer in die Taschen greifen muß man auch in den skandinavischen Ländern wie Schweden (18 Prozent über dem EU-Schnitt) oder Finnland (plus 22 Prozent). Spitzenreiter ist hier Dänemark mit plus 37 Prozent.

Nahrungsmittel besonders teuer

Das hohe Preisniveau in Österreich ist getragen von vergleichsweise saftigen Ausgaben für Nahrungsmittel (26,6 Prozent über dem EU-Schnitt), gefolgt von deutlichen Mehrkosten für Freizeit- und Kulturangebote (z.B. Theater, Kino) mit plus 16,3 Prozent und den öffentlichen Verkehr (z.B. Bahn, Bus, plus 12,7 Prozent). In einigen anderen europäischen Ländern erhält man - nicht nur im Urlaub - aber auch mehr fürs Geld.

Alkohol und Tabak bei uns billiger

Weniger als im EU-Durchschnitt zahlt man bei uns lediglich für Alkohol und Tabakwaren (minus fünf Prozent) sowie für Telekom-Dienstleistungen wie etwa fürs Mobiltelefonieren (minus 16 Prozent).

Gewaltschutzpaket kommt laut Justizminister vorerst nicht

Das von der ehemaligen ÖVP-FPÖ-Koalition ausgearbeitete Gewaltschutzpaket kommt vorerst nicht. Das sagte Justizminister Clemens Jabloner gestern im Justizausschuß des Nationalrats laut Parlamentskorrespondenz. Die Übergangsregierung wolle nicht die mit dieser Strafrechtsreform verbundenen Werteentscheidungen treffen. Auch strukturelle Änderungen bezüglich Weisungsrecht seien nicht angedacht.

Dafür kündigte der Minister an, bald einen Entwurf für eine Strafvollzugsgesetzesnovelle in Begutachtung zu schicken. Außerdem wolle er sich weiter mit den Initiativen seiner Vorgänger zur Maßnahmenvollzugsreform auseinandersetzen. Für eine Realisierung der Verbesserungsvorschläge für psychisch kranke Inhaftierte fehle derzeit aber das Geld.

Überhaupt sei das Justizministerium in „einer eher mißlichen finanziellen Situation“, so Jabloner laut Aussendung. Derzeit befinde sich das Budget des Ministeriums mit 70 Millionen Euro im Minus, um den täglichen Normalbetrieb sicherzustellen.

Kommentar: Neuer Kinderwahn?

Kinder an die Macht! Erinnern Sie sich noch an dieses Lied von Herbert Grönemeyer? „Die Welt gehört in Kinderhände“, rührte er und versetzte damit die naive Gutmenschenwelt in helles Entzücken.

Mir war es allerdings immer ein Rätsel, wie man auch nur im Entferntesten daran denken kann, den Kindern das Kommando überlassen zu wollen, um die Welt zu verbessern. Seitdem hält sich hartnäckig die Vorstellung, daß Kinder kleine Wunderwerke sind, denen gelingen könnte, wozu Erwachsene nicht fähig wären: Beispielsweise CO₂ zu sehen wie Greta Thunberg?

Die Mitläufer bei ihrer „Friday for Future“-Bewegung, die es beispielsweise auch im Bezirk Gmunden gibt, wollen zwar das Klima retten, schaffen aber nicht einmal die Fahrrad-Prüfung, wie wir jetzt geschockt zur Kenntnis nehmen mußten. In Mühldorf bei Scharnstein sind alle 40 Volksschüler bei der Radl-Prüfung durchgerasselt. Auch mit der Rechtschreibung und dem Lesen sei es bei den Zehnjährigen im Lande nicht weit her, heißt es. Steigt nicht auch die Zahl der Nichtschwimmer bei den Kindern?

Zugegeben: Als wir Kinder waren, war die Umwelt für uns noch kein Thema. Aber wir hatten immerhin die Radl-Prüfung, den Freischwimmerschein und gute Noten im Lesen und Schreiben. Trotzdem wollte damals niemand die Welt in unsere Hände legen.

ZITAT

„Politiker und Journalisten. Das sind beides Kategorien von Menschen, denen gegenüber größte Vorsicht geboten ist: Denn beide reichen vom Beinahe-Staatsmann zu Beinahe-Verbrechern Und der Durchschnitt bleibt Durchschnitt.“

Helmut Schmidt

Petr Bystron (AfD): Kanzler Kurz hat Österreich verraten!

In vergangenen Tagen kritisierte der ehemalige Präsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen die Methoden des Ibiza-Videos und forderte, aktiv an der Aufklärung der Hintergründe mitzuwirken, „da deutsche Medien die Regierungskrise in Österreich mit herbeigeführt haben“.

Kritik war ebenfalls aus den Reihen der AfD wahrzunehmen. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron nannte Bundeskanzler Sebastian Kurz einen „Verräter“ und übte scharfe Kritik an den Methoden des ÖVP-Bundesparteiobmann Kurz.

Laut Bystron hat Kurz „zuerst Strache hintergangen. Er sicherte ihm zu, nach seinem Rücktritt die erfolgreiche Koalition mit der FPÖ fortzusetzen. Dies sollte er auch öffentlich bei einer Pressekonferenz verkünden, die nur eine Stunde nach Straches Rücktritt erfolgen sollte. Doch nach Straches Abdankung forderte Kurz plötzlich auch den Rücktritt vom Innenminister Herbert Kickl. Damit enthüllte er seine eigentlichen Beweggründe:

Zugriff auf das Innenministerium, Zerschlagung der Erfolgsbasis der FPÖ und totale Umkehr der bisherigen erfolgreichen Politik im Bereich Migration.

„Er hat auch seine ganze Heimat Österreich verraten“

Bystron führt fort, daß Kurz nicht nur die FPÖ, sondern seine ganze Heimat Österreich verraten habe.

„Er zerstörte eine Regierung, die bisher sehr erfolgreich im Sinne des österreichischen Volkes regiert hat. Sie hat den Beweis erbracht, daß es ohne weiteres möglich ist, gegen die Massenmigration und auch gegen die Gefährdung durch islamistische Terroristen auf nationaler Ebene vorzugehen. Sie hat den Beweis erbracht, daß es hierzu eben nicht internationaler Strukturen bedarf, wie es die Internationalisten suggerieren.“

Mit diesen Worten bringt der AfD-Politiker auf den Punkt was auch viele ÖVP-Wähler denken:

„Kurz hat sein Volk verraten auf Druck aus dem Ausland und auf der Grundlage einer künstlich inszenierten Affäre, die von deutschen Medien rechtswidrig publiziert wurde.“

ÖVP tobt über neue Fake-Accounts gegen Kurz

Seit der Neuwahl-Ankündigung häufen sich die Fake-Seiten gegen Ex-Kanzler Sebastian Kurz wieder.

„Die Wahrheit über Sebastian Kurz“, „Die Macht des Sebastian Kurz“, „Dasselbe Foto von Sebastian Kurz jeden Tag“ – seit der Neuwahl-Ankündigung häufen sich Fake-Seiten gegen Ex-Kanzler Sebastian Kurz wieder.

Gegen Ex-Kanzler

ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer sagt: „Wie bereits im Wahlkampf 2017 tauchen auch jetzt wieder in den sozialen Medien vermehrt Fake-Accounts auf, mit denen die Volkspartei und vor allem Sebastian Kurz schlechtgemacht werden.“ Auch Gernot Blümel sei Opfer der Seiten.

Die ÖVP spricht von derzeit neun Accounts mit 150 Postings und ordnet sie beim politischen Gegner sowohl links als auch rechts ein.

Nehammer zieht auch Parallelen zum Wahlkampf von 2017, als Fake-Seiten zwischenzeitlich zum Hauptthema wurden. „Es ist das gleiche Muster wie 2017 und lässt erahnen, mit welchen finanziellen Mitteln und üblen Methoden da gearbeitet wird“, so der ÖVP-Generalsekretär. Statt eines Wettbewerbs der Ideen regiere „offenbar wieder das Schlechtmachen der anderen“.

Seit zwei Jahren aktiv. Manche Accounts seien auch bereits 2017 aktiv gewesen. Die ÖVP beklagt die „aggressive und untergriffige Wortwahl“. Die Seiten zeichneten sich auch durch die Verbreitung von Fake-News aus.

Gemeldet oder eingeklagt hat die ÖVP die Seiten bisher noch nicht, heißt es.

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 269 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *